

**Stellungnahme der Bürgermeisterin zur Diskussion und Beschlussfassung in der Ratsitzung am 1. Oktober 2009 zur Entwicklung der Finanzen 2009 der Stadt Billerbeck**

1.

Wegen einer nicht aufschiebbaren Reise mit meiner Tochter zu meiner Tochter, die sich längere Zeit in den USA aufhält, war für mich der im Sitzungskalender ausgewiesene Termin 1. Oktober nicht zu halten. Nach Rücksprache mit der CDU-Fraktion, die meinen 1. Stellvertreter stellt, sollte die Ratsitzung aber dennoch stattfinden und von Bernhard Faltmann geleitet werden. Der von mir vorgeschlagene Ersatztermin Dienstag, 29. September, wurde vom CDU-Fraktionsvorsitzenden für seine eigenen Fraktionsmitglieder als nicht günstig angesehen. Daraufhin habe ich meine Vorstellungen der Sitzungsverlegung mit Rücksicht auf die Terminplanung der Ratsmitglieder nicht weiter verfolgt. Die feierliche Verabschiedung der ausscheidenden Ratsmitglieder findet traditionsgemäß in der konstituierenden Sitzung der neuen Wahlperiode statt.

2.

Meiner Informationspflicht gegenüber dem Rat bin ich umfassend und zeitgerecht nachgekommen. Ich verweise auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht. Durch die Information über einen Anruf des Leiters des Coesfelder Finanzamtes, Herrn Dr. Niemeyer, durch einen Vermerk, der mit am 2. September 2009 zugegangen ist, entstand die Bewertung des voraussichtlichen Standes des Gewerbesteueraufkommens zum Ende des 3. Quartals, das am 30. September endete, und die in die Sitzungsvorlage zur Haupt- und Finanzausschusses einfluss. Auf meine Initiative fand am 14. September zusätzlich ein Gesprächstermin im Finanzamt statt. Im nicht-öffentlichen Teil der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 17. September 2009 wurden die Informationen durch den Bericht über das Gespräch ergänzt. Dieser Zeitablauf ist Ihnen auch bereits seit dem 17. September bekannt und kann heute zusätzlich, allerdings in nicht-öffentlicher Sitzung wegen der Wahrung des Steuergeheimnisses, durch Akteneinsicht überprüft werden.

3.

Bereits nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes hatte ich alle Fachbereiche in einer internen Dienstanweisung angewiesen, aufgrund des Fehlbedarfes bei der Mittelbewirtschaftung die Grundsätze der Sparsamkeit dringend zu beachten. Nachdem mir die Steuerausfälle bekannt waren, habe ich in einer ergänzenden Dienstanweisung verfügt, dass nur noch die dringend erforderlichen und nicht aufschiebbaren Maßnahmen durchgeführt werden sollen, um noch mögliche Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen oder Ausgaben zumindest zu verschieben.

Auf eine förmliche Haushaltssperre habe ich aus mehreren Gründen verzichtet. Zum einen haben wir den Haushalt 2009 bereits nach strengen Regeln aufgestellt. Obwohl wir nicht in der förmlichen Haushaltssicherung sind, wie in vielen anderen Jahren zuvor, wurden dennoch die strengen Regeln der Haushaltssicherung angewandt. Alle Ansätze sind knapp kalkuliert, daher können wir auch keine umfangreiche Sparliste vorlegen. Die Liste, die Ihnen zum 1. Oktober vorgelegt wurde, umfasst 152.500 Euro, zum Teil sind dies aber Maßnahmen, die lediglich verschoben werden können.

Durch die Fraktionen wurden im Rahmen der Haushaltsplanberatung vor der Kommunalwahl innerhalb einer halben Stunde durch Beschlüsse von verschiedenen Maßnahmen drastisch erhöht. Auch diese Maßnahmen stehen naturgemäß auf der Einsparungsliste.

Mir wird seit Jahren in den Haushaltsreden fast jeder Fraktion vorgeworfen, ich sei plan- und einfalllos und entwickle keine Ideen, die man im Haushaltsplan nachlesen könne.

Das geht angesichts unserer Finanzlage auch gar nicht. Es sei denn, uns gelingen Investitionen, in die auch Zuschüsse fließen wie z.B. die Freibadsanierung, Schulsanierung, Bahnhofstraßenausbau. Renovierung Alte Landwirtschaftsschule, innovative Radwege.

Zum anderen verursacht eine förmliche Haushaltssperre ohne Festlegung eines Mindestbetrages und nach Rasenmähermethode einen hohen Verwaltungsaufwand, ohne über die von uns vorlegte Sparliste hinaus weitere Einsparungen zu erzielen. Im Klartext: Die Vorgehensweise des Rates bringt uns kein Geld, sondern kostet uns Geld. Durch höheren Verwaltungsaufwand und durch eine zusätzliche Sitzung.

Nun muss jede einzelne Ausgabe, die nicht zum laufenden Betrieb notwendig ist, vom Rat freigegeben werden und seien es die Weihnachtsbäume für den vorweihnachtlichen Schmuck in der Stadt. Wir werden wir Ihnen heute Listen mit Ausgaben vorlegen, die aus unserer Sicht dringend zu entsperren sind. Außerdem gefährdet die verfügte allgemeine Haushaltssperre die Budgets der Schulen, die diese eigenverantwortlich bewirtschaften. Mittel, die sich die Schulen z.B. bis zum Herbst zusammengespart haben, um sich eine größere Investition zu leisten, sind nun erst einmal gesperrt. Wenn die Schulen befürchten müssen, dass ihre Budgets gefährdet sind, werden sie in Zukunft eine andere Vorgehensweise wählen.

Im übrigen verfehlt eine Haushaltssperre, gleich ob von der Bürgermeisterin nach der Gemeindehaushaltsverordnung oder vom Rat nach der Gemeindeordnung erlassen, völlig ihren Sinn, den Fehlbedarf zu reduzieren, wenn sie im 4. Quartal wirksam wird. Dies bestätigen auch die Autoren des einschlägigen Kommentars zum Kommunalen Finanzmanagement NRW. Eine hauswirtschaftliche Sperre kann aus praktischen Gründen nicht mehr im 4. Quartal ausgesprochen werden, weil über die Ansätze weitgehend verfügt ist. Außerdem entbehrt sie weiterhin jeder Grundlage, wenn ein Haushalt weitgehend ausschließlich Aufwendungen enthält, die unbedingt zu tätigen sind. Dies ist bei unserem Haushalt, wie bereits erwähnt, der Fall.

3.

Die Äußerungen und die Beschlussfassung in der letzten Ratssitzung, und die Berichterstattung in der Presse haben erreicht, dass in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, die Finanzlage in Billerbeck sei völlig desolat. Dies ist ausdrücklich nicht der Fall. Die Gewerbesteuerausfälle sind dramatisch, sorgen aber nicht dafür, dass Billerbeck sich wieder in der Haushaltssicherung befindet.

Die Einnahmeausfälle 2009 sind nicht so hoch, dass ein Nachtragshaushalt hätte erstellt werden müssen. Dies bestätigt uns auch die Kommunalaufsicht. Auf diese Sachlage und auch auf die Gründe für einen Verzicht einer Haushaltssperre und die Anwendung einer internen Anweisung habe ich bereits in der letzten HFA-Sitzung hingewiesen.

Natürlich wird die Zukunft für Billerbeck wie auch für andere Kommunen angesichts der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht rosig aussehen, Sparsamkeit wird auf allen Ebenen des Staates oberstes Gebot sein. Darauf hatte ich bereits in meiner Haushaltsrede 2009 hingewiesen.

Dennoch wird uns der kommunale Finanzausgleich in diesem Fall helfen, die Summe, die uns tatsächlich in der Kasse fehlt, drastisch zu reduzieren. Dies ist auch allen Ratsmitgliedern bekannt. Erhalten wir in 2009 aufgrund unserer bis dahin im Vergleich zu Nachbargemeinden ähnlicher Größe guten Steuerkraft, u.a. wegen guter Gewerbesteuereinnahmen im Vorjahr, wenig allgemeine Schlüsselzuweisungen, wird sich das durch die Systematik des kommunalen Finanzausgleiches ab dem Jahre 2011 ändern. Schließlich hat der Finanzausgleich den Sinn, Gemeinden z.B. bei wegbrechender Gewerbesteuereinnahmen wie jetzt in unserem Falle durch allgemeine Zuweisungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Der von uns in 2009 zu tragende Verlust wird in den nächsten Jahren zum weit überwiegenden Teil ausgeglichen werden, auch wenn wir natürlich davon ausgehen müssen, dass insgesamt die Steuereinnahmen auch auf Landesebene zunächst sinken. Damit Sie einen Eindruck von der Systematik bekommen, einige Vergleichszahlen aus Gemeinden gleicher Größe aber niedrigerer Steuerkraft: Wir erhielten in 2009 1,8 Mio. Euro allgemeine Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Finanzausgleiches, Nordkirchen 3,5 Mio. Euro, Rosendahl 2,9 Mio. Euro, Olfen 3,8 Mio. Euro.

Außerdem wurde der Eindruck erweckt, die Verwaltung sei nicht handlungsfähig. Daher müsse es eine Haushaltssperre geben. Hier widerspreche ich ausdrücklich. Handlungsunfähig wurde die Verwaltung erst durch den Erlass der pauschalen Haushaltssperre durch den Rat. Wiederhergestellt werden muss die Handlungsfähigkeit der Verwaltung nun durch die zeitraubende Abarbeitung von Listen von dringend zu entsperrenden Ausgaben selbst kleinster Beträge und die entsprechende Beschlussfassung durch den Rat.

Die Diskussionsbeiträge in der letzten Ratssitzung kann ich nur als tiefes Misstrauen mir gegenüber und gegenüber unserem Kämmerer und den übrigen Fachbereichsleitern deuten. Das bedauere ich sehr, kann es aber in keinster Weise nachvollziehen, da sowohl für die Finanzen zuständige Beamte Peter Melzner, die anderen Mitarbeiter der Stadt Billerbeck und auch ich in den letzten Jahren bewiesen haben, dass wir mit den Finanzen unserer Stadt sensibel umgehen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde konnten zum Jahresende 2008 die Altfehlbeträge komplett abgebaut werden.